

Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1992

**Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie**
- Drucksachen 11/2450, 11/2723 -

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des

Ausschusses für Frauenpolitik

Berichterstatterin Abgeordnete Marie-Luise Morawietz SPD

Beschlußempfehlung

Der Ausschuß empfiehlt, die sich aus dem Bericht ergebenden
Anträge abzulehnen.

Bericht

Der Ausschuß für Frauenpolitik hat in seiner Sitzung am 22. November 1991 neben Änderungsanträgen zum Einzelplan 11 - Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann - auch Anträge zu Haushaltstiteln anderer Einzelpläne beraten, die einen unmittelbaren frauenpolitischen Bezug haben.

Die Anträge zum Einzelplan 08 mit den jeweiligen Begründungen und Abstimmungsergebnissen sind der beigefügten Anlage zu entnehmen.

Morawietz
Vorsitzende

Anlage

**Änderungsanträge der Fraktionen
im Ausschuß für Frauenpolitik**

zum Einzelplan 08

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
1	Grüne	<p>Kapitel 08 030 Titel 661 10, TG 63 und 64 und Epl 07 Kapitel 07 020 TG 60, Titel 893 64, 684 67, 684 71, TG 72, TG 73, Titel 684 76, 684 81</p> <p>Die Mittel dieser Titel werden bei neu beginnenden Maßnahmen so ausgegeben, daß sichergestellt ist, daß sie Frauen und Mädchen gemäß ihrem landesweiten Anteil an der jeweils betroffenen Gruppe von dem Arbeitsmarkt Benachteiligten zugute kommen. Die betreffenden Fördergrundsätze und -richtlinien sind entsprechend zu modifizieren.</p> <p>Begründung: Die Arbeitslosigkeit von Mädchen liegt überall höher als die von Jungen; Mädchen finden schwerer eine Lehrstelle als Jungen. Frauen sind häufiger ohne abgesicherte Erwerbsarbeit als Männer. Bezieht man die Zahl der als arbeitslos registrierten Frauen auf ihren Anteil an der erwerbsfähigen Bevölkerung, fällt ihre Benachteiligung besonders stark ins Auge. Trotzdem kommen weibliche Erwerbslose seltener in den Genuß beschäftigungsfördernder und qualifizierender Maßnahmen als Männer, so z.B. bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, bei denen Männer in NW etwa eineinhalb Mal so häufig wie Frauen berücksichtigt werden. Finanzielle Mittel, mit deren Hilfe die Benachteiligung von Frauen und Mädchen bekämpft werden kann, sind u.a. in den o.g. Landesprogrammen vorgesehen. Es gibt keinen Grund, diese Mittel nicht den besonders benachteiligten Gruppen - Frauen und Mädchen - zugute kommen zu lassen. Auch die Landesverfassung gebietet, Frauen und Männer im Erwerbsleben gleichzustellen. Höhere Kosten entstehen dem Land nicht.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein Grüne ja</p> <p>Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt; der Ausschuß bittet jedoch die Landesregierung - unter Einbeziehung der Entscheidung zum Haushalt 1991 (Drucksache 11/1603) - zu prüfen, wie eine stärkere Beteiligung von Mädchen und Frauen im Wege der Programmgestaltung sichergestellt werden kann.</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
2	CDU	<p>Kapitel 08 030 TG 94 Kürzung des Ansatzes um 300 000 DM</p> <p>Begründung: Streichung einer neuen Regionalstelle "Frau und Beruf". Die eingesparten Mittel sollen mit zur Deckung der Ansatzserhöhung bei Epl 11 Titel 684 10 beitragen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. ja Grüne Enth.</p>
3	Grüne	<p>Einrichtung eines neuen Titels bei Kapitel 08 030</p> <p>"Berufsbildungszentren für Frauen" 7 000 000 DM</p> <p>mit einem Ansatz von</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen:</p> <p>"Die Mittel dieses Titels werden zweckgebunden für Berufsbildungszentren für Frauen in Regionen mit hoher Frauenerwerbslosigkeit eingesetzt. Aufgabe dieser Zentren ist die Koordination von Berufsbildungsaktivitäten für Frauen, die Erarbeitung umfassender Konzeptionen der Berufsbildung für Frauen und das Anbieten geeigneter Bildungsmaßnahmen. Diese Erläuterungen sind verbindlich."</p> <p>Begründung: Berufsbildung für Frauen ist derzeit Aufgabe unterschiedlicher Institutionen, deren Aktivitäten selten koordiniert werden. Eine aktive Einflußnahme auf die Berufsbildung von Frauen gelingt fast ausschließlich männerdominierten Institutionen wie Arbeitsämtern, Industrie- und Handelskammern oder Wirtschaftsförderungsgesellschaften. Insbesondere sind die "Frau-und-Beruf"-Beratungsstellen wegen der geringen Kompetenzen und geringen finanziellen Mittel kaum in der Lage, gestaltenden Einfluß auf die örtliche Berufsbildung auszuüben. Im Land gibt es die verschiedensten Weiterbildungsträger, die trotz großer weitausschauender, methodischer oder organisatorischer Unterschiede eines gemeinsam haben: Sie werden fast ausschließlich von Männern geleitet, die Ausbilder sind überwiegend männlich, ihre Angebote kommen mehrheitlich Männern zugute. Berufsbildungszentren sollen eigene Maßnahmen durchführen, Werkstätten bereitstellen, die Berufsbildung für Frauen in den Regionen koordinieren und ihr zu einer verbesserten Planung und frauenfreundlichen Einflußnahme verhelfen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU Enth. F.D.P. nein Grüne ja</p>